

Wolfgang Möllers **Von Gipfel zu
Gipfel. Südasiens
Sorge um Außen- und
Sicherheitspolitik**

Das achte Gipfeltreffen der Asia-Pacific Economic Cooperation (Apec) in der Hauptstadt Bandar Seri Begawan des kleinen Ölstaates Brunei hat wenig greifbare Ergebnisse gebracht. Der Niedergang des vor zwölf Jahren so hoffnungsvoll gestarteten Zusammenschlusses der 21 Länder dies- und jenseits des Pazifik scheint unaufhaltsam. Die USA zeigten sich an politischen und wirtschaftlichen Ergebnissen nicht sonderlich interessiert, Ost- und Südostasien bevorzugten zunehmend einen engeren Zusammenschluss ausschließlich asiatischer Staaten. Zum Streit kam es über den Beginn neuer Handelsgespräche. Während der amerikanische Präsident Bill Clinton eine neue Runde unter dem Dach der Welthandelsorganisation forderte, übten sich die anderen Gipfelteilnehmer in Zurückhaltung. Sie wollten eine feste Tagesordnung, die möglichst einen weiten Bogen um kritische Punkte wie Umwelt- und Arbeitsstandards macht.

Ein Trend hat sich Mitte November in Brunei jedoch durchgesetzt. Fehlendem Fortschritt auf multilateraler Ebene setzten eine Reihe von Ländern bilaterale Handelsvereinbarungen entgegen. „Nach Jahren vergeblicher Versuche zu laufen, haben einige Apec-Länder es jetzt mit gehen versucht“, bilanziert der britische *Economist* das Gipfeltreffen¹⁾. Eine Fülle von bilateralen Handelsverträgen – insgesamt sind 17 von 21 Apec-Länder involviert – wurden angekündigt bzw. abgeschlossen. Diese zeigen aber vor allem eines: das Scheitern multilateraler Bemühungen, beim freien Handel voran zu kommen. Noch ist unsicher, ob bilaterale Abschlüsse sich als positive Initialzündungen erweisen werden, oder nicht doch eher den

Südostasien blickt voller Sorge in die Zukunft. Die beiden Gipfeltreffen, das Asia-Europe-Meeting (Asem III) in Seoul und die asiatisch-pazifische Zusammenkunft in Brunei, haben wenig greifbare Ergebnisse gebracht. Die Region steht vor großen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsam mit China, Japan und Korea wollen die südostasiatischen Länder neben den USA und Europa der dritte Eckpfeiler im internationalen Kräftespiel sein. Die sicherheitspolitische Lage der Region hat sich in einigen Punkten gravierend verändert. Viele Regierungen sind allerdings längst nicht so weit, sich über außen- und verteidigungspolitische Themen kollektiv zu verständigen. An Europa liegt es, diese Fragen weiter voranzutreiben.

- 1) *The Economist*, 18. November 2000, S. 42.
- 2) *The Asian Wall Street Journal*, 24.-26. November 2000.
- 3) *The Asian Wall Street Journal*, 14. November 2000.
- 4) Alle Dokumente des Gipfeltreffens finden sich unter <http://www.asem3.org>.
- 5) *International Herald Tribune*, 19. Oktober 2000.

freien Handel zwischen allen Mitgliedsländern – erklärtes Apec-Ziel seit 1994 – behindern. Um berechtigte Sorgen zu zerstreuen, wäre sicher ein Katalog von Grundregeln hilfreich gewesen. Damit hätten sich die Staats- und Regierungschefs einerseits offen zum Prinzip „Subregionalismus“ bekennen können, gleichzeitig aber andererseits auch Spielregeln verabschiedet, um das Bestreben nach freiem Handel unter den Mitgliedsländern nicht endgültig aus dem Ruder laufen zu lassen.

Vorsichtig kommentiert auch das *Asian Wall Street Journal* die Gipfelergebnisse. Von einem bescheidenen Erfolg ist da die Rede, gerade genug, um Apec am Leben zu erhalten²⁾. An anderer Stelle heißt es allerdings deutlicher, dass die Apec-Gipfel seit 1997 nicht viel mehr als „Fotogelegenheiten“ für die Präsidenten und Premierminister der Region gewesen seien. Nichts wirklich Wichtiges sei herausgekommen. Am Ende des Treffens stünden nur zahlreiche Absichtserklärungen, vorgenommen von Staaten, die nicht wirklich an einer Umsetzung interessiert seien³⁾.

■ **Dritter Asien-Europa-Gipfel in Seoul**

Auch das andere mit vielen Schlagzeilen bedachte Großereignis, der dritte Asien-Europa-Gipfel (Asem) Ende Oktober in Seoul, Südkorea, hat wenig konkrete Ergebnisse gebracht. Die politischen Beratungen der Staats- und Regierungschefs aus fünfzehn europäischen und zehn asiatischen Staaten wurden von Debatten über die politische Lage auf der koreanischen Halbinsel überschattet. Mit einer „Erklärung für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel“ unterstützten die Asem-Partner den Dialog mit Nordkorea. Ferner verabschiedeten die Gipfelteilnehmer das „Europäisch-Asiatische Kooperationsabkommen 2000“⁴⁾. Es stellt eine Art Grundsatzpapier für die weiteren Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten dar.

Lorbeeren gab es allerdings schon vor dem Treffen von prominenter Seite. Tommy Koh, ehemals Direktor der in Singapur beheimateten „Asia-Europe Foundation“, bescheinigte bedeutend: „Das Gipfeltreffen ist ein weiterer Schritt in Richtung auf eine andauernde Partnerschaft. Es bringt Vorteile für Asien, Europa und den Rest der Welt.“⁵⁾ Zehn ostasiatische

und fünfzehn europäische Staats- und Regierungschefs hatten sich zu zweitägigen politischen und wirtschaftlichen Gesprächen versammelt. Lediglich Griechenland, die Philippinen und Vietnam schickten ihre Außenminister bzw. stellvertretenden Premiers. Mit dabei auch Romano Prodi, Präsident der Europäischen Kommission. Nach dem Gründungsgipfel in Bangkok im Jahre 1996, gefolgt von London 1998, war dieses Mal die südkoreanische Hauptstadt Seoul Schauplatz des Treffens. Erklärtes Ziel nach eigenem Bekunden: man wolle der Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa neues Leben einhauchen.

Politische Lage Koreas dominierte den Gipfel

Dem Asem-Gipfel stand der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung als Gastgeber vor. Für ihn hätte der Zeitpunkt dieses Treffens nicht besser sein können. Eine Woche zuvor hatte er den Friedensnobelpreis wegen seiner Verdienste um die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel verliehen bekommen. Da verwunderte es denn auch nicht, dass in Seoul das Thema Nordkorea die meisten Schlagzeilen machte, wenn auch hinter den Kulissen zu hören war, dass eine Reihe von südostasiatischen Staaten von dieser Überbetonung nicht allzu begeistert gewesen seien. Gar einen „historischen Moment“ sah Bundeskanzler Gerhard Schröder.⁶⁾

Allerdings: die Europäische Union spielte in der Außenpolitik wieder einmal keine besonders rühmliche Rolle, denn eine abgestimmte Politik gegenüber dem Regime in Pjöngjang kam nicht zustande. Deutschland, Großbritannien, Spanien, Belgien und die Niederlande kündigten an, diplomatische Beziehungen mit Nordkorea aufnehmen zu wollen. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac, in seiner Eigenschaft als derzeitiger Ratspräsident der Europäischen Union, äußerte sich verwundert über die Politik seiner europäischen Nachbarn. Für Frankreich käme ein solcher Schritt erst dann in Frage, wenn die nordkoreanische Regierung die Menschenrechte akzeptiere und kontrollierbar ihr Raketen- und Atomwaffenprogramm einfriere.⁷⁾

Insgesamt machte das ziemlich diffuse Erscheinungsbild der europäischen Staaten große Schlagzeilen. So meinte denn auch Niederlands Ministerpräsident Wim Kok enttäuscht: „In Europa sollten wir an

6) *Die Welt*, 23. Oktober 2000.

7) *Süddeutsche Zeitung*,
23. Oktober 2000.

einem Strang ziehen“.⁸⁾ Und dies vor allem bei einem Thema, bei dem es grundsätzlich kaum eine Meinungsverschiedenheit unter den Europäern gibt. Der politische Kurs lautet: Südkoreas Präsident Kim Dae Jung hat Unterstützung verdient und Pjöngjang muss aus seiner gefährlichen Isolation an den Verhandlungstisch herangeholt werden.

Amerikanische Initiativen gegenüber Nordkorea

Die südkoreanische Regierung war sichtlich bemüht, die politische Initiative in Sachen Nordkorea nicht aus der Hand zu geben. Mit dem Besuch Kim Dae Jungs in Pjöngjang im vergangenen Juni und dem historischen Handschlag mit Nordkoreas Kim Jong Il war der Durchbruch gelungen. So fielen dann auch die Kommentare zur Reise der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright nach Pjöngjang – immerhin der erste Besuch eines Mitglieds der US-Regierung im kommunistischen Nordkorea seit gut einem halben Jahrhundert – zurückhaltend aus. Albright war zwei Tage nach dem Asem-Gipfel zu Gesprächen mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong Il zusammengekommen. Dabei ging es um einen möglichen Besuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clintons in Nordkorea. Beide Länder hatten nach dem Ende des Koreakrieges im Jahre 1953 keinen offiziellen Frieden geschlossen und befinden sich noch immer nur im Zustand des Waffenstillstands. Die USA lockerten im Herbst 1999 ihre Wirtschaftssanktionen, als Nordkorea sich verpflichtete, sein Testprogramm für Langstreckenraketen einzufrieren. Nahrungshilfen aus dem Ausland lindern die größte Not in einem Land, das seine eigene Bevölkerung nicht ernähren kann. Laut Schätzungen werden von den 23 Millionen Nordkoreanern rund acht Millionen durch Hilfen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen versorgt.

Nordkorea feiert derweil das „Ende des Kalten Krieges“ auf der Halbinsel, möglich gemacht auch von Kim Jong Il, der von der alten Forderung Nordkoreas abgerückt war, dass der Prozess der Entspannung mit dem Abzug aller amerikanischen Streitkräfte beginnen müsse. Die knapp 40 000 in Südkorea stationierten US-Soldaten sind das größte Truppenkontingent Washingtons in Asien.

Hochgesteckte Erwartungen

Jedoch stand nicht nur die politische Lage auf der koreanischen Halbinsel auf der Tagesordnung des dritten Asem-Gipfels. Insgesamt waren die Erwartungen hochgesteckt. Asien will mit intensiveren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Japan und den USA minimieren. Der erst fünf Jahre alte Asem-Prozess war 1996 u.a. von Helmut Kohl, Jacques Chirac, Ryutaro Hashimoto und Indonesiens Präsident Suharto gegründet worden, um ein Rahmenwerk für Handel und Sicherheitsfragen zu schaffen. Zwei Jahre später in London wurde das Treffen von der tiefgreifenden Asienkrise überschattet, die viele Länder in der Region an den Rand des Abgrundes gebracht hatte.

Jetzt hat Asien wirtschaftlich wieder Fuß gefasst und blickt auf stattliche Wachstumsraten. Europa hat sich zur Wirtschafts- und Währungsunion zusammengeschlossen, der „Euro“ steht vor der Tür. Da ist es für beide Kontinente wichtig, international zusammenzuarbeiten, um den Handel zu verstärken, die Investitionen zu erhöhen und über Bildungs- und Technologiefragen intensiver ins Gespräch zu kommen. Aber nicht nur Wirtschaftsthemen bilden die Grundlage für Asem. Schon seit dem Beginn der Treffen in Bangkok war man – wenn auch unausgesprochen – politisch daran interessiert, den USA mit Ostasien und Europa zwei weitere Eckpfeiler im internationalen Kräftespiel hinzuzufügen.

Wenig konkrete Ergebnisse

Man wolle – so hieß es im Vorfeld des Gipfeltreffens noch – wichtige Antworten beispielsweise auf die Nachteile der Globalisierung geben, sich über die Auswirkungen der Asienkrise Gedanken machen, Lösungsvorschläge unterbreiten, wie die Ölfuhr in Zeiten steigender Preise gesichert werden könnte und Austauschprogramme für Studenten und Wissenschaftler auflegen. Letztlich wurde es jedoch wenig konkret, allzu vieles blieb an der Oberfläche. Das Treffen unter dem Titel „Partnership for Prosperity and Stability in the New Millennium“ hatte über weite Teile Züge einer Generaldebatte. Viele Punkte wurden angesprochen, allerdings oft in blumiger Allgemeinheit und Unverbindlichkeit. Um alles auf

- 9) S. Chairman's Statement of the Third Asia-Europe Meeting, S. 3-4.
- 10) S. Chairman's Statement of the Third Asia-Europe Meeting, S. 8.

einen Nenner zu bringen bzw. alle Akteure in einem Boot zu versammeln, suchte man oft Zuflucht zu leeren Formeln. Man feierte die Wiedergenesung Asiens nach der Wirtschaftskrise, stellte sich selbst und dem Asem-Prozess hervorragende Noten aus, äußerte sich besorgt über die steigenden Ölkosten und war sich darin einig, dass „der stetige Zufluss von Energie lebenswichtig für das langfristige Wachstum aller Asem-Partner und der ganzen Welt ist“.⁹⁾

Es wimmelte von Allgemeinheiten: man war entschlossen, „globale Themen von gemeinsamen Interesse“ anzugehen, und dann folgte eine simple Aufzählung weltweiter Übel wie internationaler Terrorismus, Drogen, AIDS etc. Da ist die Rede von „fruchtbaren Diskussionen“, von „Beiträgen zum gegenseitigen Verständnis“. Die Gipfelteilnehmer betonen, unterstreichen, intensivieren, sind sich ohne Unterlass einig und heißen willkommen – und alles von Osttimor über den Kosovo, dem Nahen Osten und dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen wird gestreift. Besorgt ist man auch: Abrüstung, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Atomteststoppabkommen, ABC-Waffen generell, Minen – kein Thema wird ausgelassen. Und dann schließt dieser Absatz in der Abschlusserklärung unter der Überschrift „Politischer Dialog“ mit dem Satz: „Die Staats- und Regierungschefs sind sich darüber einig, dass die sich schnell wandelnde Welt beachtliche Herausforderungen an die gesamte internationale Gemeinschaft stellt“.¹⁰⁾ Wenig konkrete Signale eines Treffens, das eher ein Sammelsurium von Unverbindlichkeiten und diplomatischen Wortspielen war.

Gerade dies scheint man aber auch in Gipfelkreisen erkannt zu haben, ist doch beim nächsten Treffen in Kopenhagen im Jahre 2002 geplant, zwar der tagespolitischen Aktualität wieder Platz einzuräumen, sich jedoch vor allem auf ein bis drei Themen zu konzentrieren, um inhaltsleere Generaldebatten zu vermeiden.

Erklärung über Menschenrechte

Für Kim Dae Jung waren zwei Errungenschaften des Asem-Gipfels herausragend: die „Seouler Erklärung für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel“ und das verabschiedete europäisch-asiatische Kooperationsabkommen 2000 (AECF). Die Korea-Erklärung

unterstützt den Friedensprozess und unterstreicht die Wichtigkeit intensiverer Kontakte der Asem-Partner mit Nordkorea. Das europäisch-asiatische Kooperationsabkommen ist für den südkoreanischen Präsidenten ein Meilenstein in den Beziehungen der beiden Kontinente. Dem zehnteiligen Abkommen komme der Charakter eines Grundsatzpapiers für den weiteren Asem-Prozess zu. Da heißt es unter der Überschrift „Eine Vision für das 21. Jahrhundert“, die Partner strebten nach Frieden und Stabilität, nach nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Synergien zwischen Asien und Europa seien von herausragender Wichtigkeit. Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten werde sich positiv auf Sicherheit, Wohlstand und Entwicklung für alle auswirken.¹¹⁾ Eilig versichern alle Beteiligten, dass Asem nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sei.

Beim Blick auf die umfangreichen Abschlussdokumente fällt noch ein Punkt auf. Stolz vermelden die europäischen Verhandlungspartner, dass es einen wichtigen Fortschritt bei den Diskussionen mit ihren asiatischen Kollegen gegeben habe. In der 22-seitigen Abschlusserklärung des Gipfels ist erstmalig ein deutlicher Passus über Menschenrechte enthalten. Alle Staaten verpflichten sich im achten Abschnitt, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen. Sie sind „allgemeingültig, unteilbar und bedingen einander“, heißt es in dem Kommunique¹²⁾. Gerade dies war in der Vergangenheit bei einigen asiatischen Staaten – allen voran China – immer wieder auf Protest gestoßen. Ganz ohne Widerstand ist das Thema jedoch auch auf diesem Gipfel nicht über die Bühne gegangen. So berichtet der stellvertretende südkoreanische Minister für politische Planung, Choi Young Jin, von „lebhaften Diskussionen“ und „unterschiedlichen Denkweisen“ zwischen Europäern und Asiaten in dieser Frage.¹³⁾

11) Vgl. Asia-Europe Cooperation Framework 2000, S. 2-3.

12) S. Chairman's Statement of the Third Asia-Europe Meeting, S. 7.

13) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Oktober 2000.

■ Sicherheitspolitische Herausforderungen

Während beide Gipfeltreffen einen weiten Bogen um sicherheitspolitische Fragen machten, stehen Ost- und Südostasien genau hier vor neuen Herausforderungen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Südostasien hatte viele hochgesteckten Modernisierungspläne

der Streitkräfte in den Ländern begraben. Jetzt holt so mancher General seine alten Wunschlisten wieder hervor. Strebt die Region einem ruinösen Wettrüsten entgegen, bei dem es insgesamt nur Verlierer geben kann? Kaum Transparenz bei Waffenkäufen, nur wenige Militärkontakte und fehlender politischer Wille, wirkliche sicherheitspolitische Fortschritte im Verbund mit den Nachbarn zu machen – die Region ist gekennzeichnet von gegenseitigem Misstrauen und nationalen Eifersüchteleien.

Die Wunschlisten der Militärs in der Region waren lang. Nur zu gerne hätten sie mit argwöhnischem Blick auf den Nachbarn das eigene Heer, die Luftwaffe oder die Marine verstärkt. Die ehrgeizigen Pläne mussten jedoch 1997/98 erst einmal begraben werden. Gut drei Jahre ist es her, da begann mit dem freien Fall des thailändischen Baht die asiatische Wirtschafts- und Finanzkrise. Schuldenberge türmten sich, Währungen und Aktienkurse kippten, Exporte brachen ein – die Regierungen der Region strichen ihre Haushalte notgedrungen zusammen. Davon auch betroffen: so manche geplante kostspielige Anschaffung für die eigene Verteidigung.

Jetzt wittern die Generäle wieder Morgenluft. Ihre Länder haben sich leidlich von der Asienkrise erholt. Lautstark melden sie ihre Wünsche an und finden Gehör bei den Regierenden. Allerdings: die einst ehrgeizigen Pläne, nur modernstes Kriegsgerät zu kaufen, sind mangels starker Währungen und nach wie vor kränkelder Wirtschaftskraft vom Tisch. Gezwungenermaßen sieht man sich auf dem „Gebrauchtwarenmarkt“ um. Verkäufer auf diesem lukrativen Markt gibt es genug. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und Indien eifern darum, asiatische Kunden zu beliefern. Und im Hintergrund lauert China, voller Argwohn und Sorge um den eigenen Einflussbereich.

In den späten achtziger Jahren und besonders Anfang der neunziger Jahre begann in Südostasien das Wettrüsten. Damals ging es vor allem um die Sicherung der strategischen Schifffahrtsrouten und die 200-Meilen-Zonen. Mit der Asienkrise fand dies ein abruptes Ende. Die thailändische Regierung kürzte ihr Verteidigungsbudget um 30 Prozent, das besonders von der Krise gebeutelte Indonesien um 50 Prozent. Malaysia verzichtete auf eine Moderni-

sierung seiner Streitkräfte in Höhe von 250 Millionen Dollar, die Philippinen legten gleich alle ihre Anschaffungspläne auf Eis.

Nun wird wieder kräftig gehandelt und gekauft. Einige Beispiele: Thailand orderte aus Washington 18 gebrauchte F-16 Kampfflugzeuge, Indonesien will Flugzeuge aus Moskau beschaffen. Kuala Lumpur ist mit Schweden über ein U-Boot im Gespräch und Indien will der vietnamesischen Rüstungsindustrie auf die Beine helfen, die mittelfristig sogar Raketen produzieren soll.

Sicherheitspolitische Beobachter in Südostasien streiten sich darüber, ob dies nun der Beginn eines neuen Wettrüstens ist oder ob hier nur auf ganz niedriger Ebene auszurangierende Waffen für die eigene Verteidigung ersetzt werden. Derek da Cunha vom „Institute of Southeast Asian Studies“ in Singapur sieht die Länder der Region mit eifersüchtigem Blick darüber wachen, welches Waffensystem denn gerade der Nachbar kauft. Und dies alles vor dem Hintergrund des schwindenden Interesses der Vereinigten Staaten an der Region. „Die Reaktion der USA auf die Krise in Osttimor ist für einige Staaten in der Region bestes Beispiel hierfür“, meint da Cunha und sieht Washingtons Hauptaugenmerk allenfalls auf Ostasien gerichtet.¹⁴⁾

Laut Zahlen des „International Institute for Strategic Studies“ in London haben die Vereinigten Staaten ihren Anteil am weltweiten Waffenexport auf 49 Prozent erhöht, gefolgt von Großbritannien (18,7 Prozent), Frankreich (12,4 Prozent) und Russland (6,6 Prozent). 1999 sind weltweit über 53 Milliarden Dollar für Waffen ausgegeben worden, acht Prozent weniger als im Vorjahr. Die Verteidigungsausgaben insgesamt sind mit 809 Milliarden Dollar so gut wie unverändert. Hinter dem Nahen und Mittleren Osten ist Ostasien der zweitgrößte Markt für Waffenexporte. Taiwan schlägt hier mit 2,6 Milliarden Dollar als wichtigster Importeur zu Buche.

Sorgenvoller Blick auf China

Die wirtschaftlich noch schwächeren Länder Südasiens fürchten, dass ihre potenteren Nachbarn sich jetzt strategische Vorteile verschaffen könnten und dies mit entsprechendem Drohpotenzial unterstreichen wollen. Der kleine Stadtstaat Singapur am Süd-

14) *Far Eastern Economic Review*, 5. Oktober 2000, S. 30.

ende der malaysischen Halbinsel wird als Beispiel genannt. Dort habe die Regierung – trotz Krise – immer rund sechs Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Waffenkäufe ausgegeben. Vier gebrauchte U-Boote und zwölf neue F-16-Kampfflugzeuge seien angeschafft worden. Diese machten die Streitkräfte des Landes zu den modernsten und schlagkräftigsten in der Region, meinen Verteidigungsexperten.

Voller Sorge fällt der Blick aller Länder Südostasiens vor allem auf China. Die Muskelspiele zwischen China und Taiwan haben indirekte Auswirkungen auf die Länder der Region. Über 400 Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen hat Peking allein auf dem Festland gegenüber Taiwan in Stellung gebracht. Taiwans Präsident Chen Shui-bian will einen auf Ausgleich mit Peking bedachten Kurs steuern und sucht gleichzeitig den Schulterchluss mit Washington. Amerikas Sicherheitsgarantie – so glaubt er – sorge für den Weiterbestand Taiwans und die Stabilität der ganzen Region. Im Pentagon hält man einstweilen bis zum Jahr 2005 das strategische Gleichgewicht auf beiden Seiten der Taiwanstraße für gewahrt.

Anders sieht es da im südchinesischen Meer aus. Die aggressive Taktik Pekings im Streit um die Spratlys lässt Böses ahnen. „China entwickelt derzeit für Operationen im südchinesischen Meer eine neue Generation von in der Luft zu betankenden Kampfflugzeugen; neue Fregatten und Atom-U-Boote sollen die Vorherrschaft sicher stellen“, weiß Carlyle Thayer vom „Asia-Pacific Centre for Security Studies“ in Hawaii.¹⁵⁾ Dies könne zu verstärkten Verteidigungsanstrengungen der Anrainer, Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Vietnam führen – ein Wettüben, das viele Staaten der Region eigentlich aufgrund ihrer nach wie vor angeschlagenen Wirtschaft überhaupt nicht gebrauchen können. Überdies wachse, so der Herausgeber der *Jane's Defence Weekly*, Robert Karniol, die Gefahr wirklich explosiver Konflikte, da man sich nicht mehr länger „mit Maschinengewehren auf Fischerbooten“ gegenüberstehe, sondern mit Raketen von Fregatten bekämpfen könnte.¹⁶⁾

Hinzu kommen weitere Schwachpunkte: das mangelnde Vertrauen in die Absichten des Nachbarn, die völlig fehlende Transparenz bei den Verteidigungsausgaben bzw. Waffenkäufen und so gut wie keine

15) *Far Eastern Economic Review*, 5. Oktober 2000, S. 30.

16) *Far Eastern Economic Review*, 5. Oktober 2000, S. 30.

Kommunikation unter den beteiligten sicherheitspolitischen Stellen in Südostasien. Zwar ist ein kleiner Anfang gemacht: die USA, Thailand und Singapur führten kürzlich gemeinsame Truppenübungen durch. Im nächsten Jahr ist Malaysia als weiterer Teilnehmer vorgesehen. Politische Beobachter sehen hierin auch eine andere Taktik Washingtons. Dort setze man, geschickter als in der Vergangenheit, auf die multilaterale Karte und bestehe nicht länger auf ausschließliche bilateralen Sicherheitsabkommen.

Jedoch bleiben vertrauensbildende Militärkontakte in der Region nach wie vor die Ausnahme. Ein koordinierter Austausch von Informationen über sicherheitspolitische Belange etwa unter dem Asean-Dach findet nicht statt.¹⁷⁾ Man gibt sich nach wie vor mit bilateralen Maßnahmen zufrieden, die aber mehr dazu angetan sind, Misstrauen zu schüren als Ängste abzubauen. Jetzt ist politischer Wille gefragt. Solange die Regierungen der Region weiter lediglich auf die nationale Karte setzen und nicht schnell tatkräftig im Verbund mit den Nachbarn Sicherheitspolitik gestalten, können alle Seiten nur verlieren. Potenzielle Gegner wie Peking werden dem mit Wohlgefallen zusehen.

Dort hat man einen anderen vertrauensbildenden Schritt getan. Zum ersten Mal legte China – in englischer Sprache – ein Weißbuch mit offiziellen Angaben zur Militärpolitik vor.¹⁸⁾ Zwar fehlt es noch immer an Transparenz in einigen Schlüsselbereichen wie Waffenlisten und –käufe, aber das Dokument erfüllt nach langem Drängen der USA und Chinas Anrainer internationale Standards und ist mit ähnlichen Papieren aus Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur und Australien vergleichbar. Knapp 15 Milliarden Dollar schlagen offiziell als Verteidigungsausgaben zu Buche. Politische Beobachter nennen als wahrscheinlichere Zahl eine um rund 15 Prozent höhere Summe.

Sicherheitsgemeinschaft in Asien?

Zwar wirkte sich das Ende des Kalten Krieges im asiatisch-pazifischen Raum weniger dramatisch aus als in Europa. Dennoch veränderte sich die sicherheitspolitische Lage der Region in einigen Punkten gravierend. Eine Reihe von herausragenden politischen und wirtschaftlichen Ereignissen macht eine Neubewertung der asiatischen Sicherheitspolitik not-

- 17) Singapurs Tageszeitung *Straits Times*, 22. November 2000, berichtet von einem ersten Treffen der Armeechefs aus sieben ASEAN-Ländern, abwesend waren Vietnam, Laos und Myanmar.
- 18) Vgl. auch *International Herald Tribune*, 24. Oktober 2000.

wendig. Die Gründe sind u.a. das rasante wirtschaftliche Wachstum in China und in den anderen ost- und südostasiatischen Staaten, die sich anschließende Wirtschafts- und Währungskrise und das Heranwachsen einer neuen Generation von politischen Führern, welche nicht mehr länger auf persönliche Erfahrungen mit Krieg und Unabhängigkeit zurücksehen.

Vergangen sind längst die Tage, die von Nationalstaaten als eigenständigen Machtzentren gekennzeichnet waren, immer in einer sich ständig verändernden Welt bestrebt, ein Gleichgewicht der Kräfte (ein Gleichgewicht des Schreckens?) zu wahren. Jetzt scheint sich als erstrebenswerte Alternative herauszukristallisieren: Staaten auf dem Wege zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung, ihre Interessen teilend und darauf aus, Konflikte im diplomatischen Dialog auszuräumen. Reine Zukunftsmusik oder erreichbare politische Realität? Gemeinsame Interessen, Dialog und einheitliches Handeln sind in einer neuen Friedensordnung notwendige Grundlagen für gegenseitiges Verständnis. Nur so entsteht Vertrauen unter den Staaten. Gemeinsame Erfolge auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Gute Noten für Asean

Für Admiral Dennis C. Blair, den Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik, stellt der zehn Länder zählende Verband der südostasiatischen Staaten (Asean), bestehend aus Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar (Burma), den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam, eine solche Sicherheitsgemeinschaft dar. „Kein Asean-Mitglied hat seit Bestehen des Verbandes mit einem anderen Mitglied Krieg geführt. Die südostasiatischen Staaten haben Mechanismen errichtet, die bei strikter Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit und Betonung ihrer eigenen nationalen Interessen gegenseitiges Vertrauen schaffen“, stellte Blair dem Verband gute Noten aus.¹⁹⁾ Das „Asean Regional Forum“, ferner das Fünf-Mächte-Abkommen zwischen Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia und Singapur sowie andere bilaterale sicherheitspolitische Abkommen zwischen den USA und Staaten der Region hätten Strukturen geschaffen, auf die man jetzt aufbauen könne. Mit Sorge blickt Blair

19) *International Herald Tribune*,
12. April 2000.

auf Südasien. Diese Region sei im Vergleich zu Südostasien wegen des explosiven Konflikts zwischen Indien und Pakistan ein wahres Pulverfass.

Die USA haben in der Region große Sicherheitsinteressen. Mächtiger Gegenspieler ist dabei zunehmend China. Dabei gibt es zwischen Washington und Peking jedoch nicht nur Konflikte. Frieden im Mittleren Osten, unabdingbare Voraussetzung für dringend benötigtes Öl und Gas, der gemeinsame Kampf gegen Terrorismus und Drogen, die Nichtweiterverbreitung von atomaren Waffen, friedenserhaltende Maßnahmen in Osttimor und vor allem der politische Ausgleich auf der koreanischen Halbinsel sind dabei nur einige Stichworte. Kein Wunder, dass amerikanische Beobachter bei der Diskussion über sicherheitspolitische Belange trotz aller Gegensätze mit China immer wieder auf die Einbeziehung Pekings drängen.

Dabei wird es in der Region entscheidend darauf ankommen, dass die im Grundsatz bilateralen sicherheitspolitischen Abkommen durch ein weitverzweigtes Netz von sogenannten Partnerschaften ersetzt werden mit dem Ziel, mittelfristig eine Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen. Da ist dann nicht nur die Politik gefragt, dies hat auch eine militärische Komponente. Sicherlich müssen die Streitkräfte eines Landes nach wie vor vor allem die Unabhängigkeit des Landes gegen einen Angriff von außen garantieren können, darüber hinaus sollten sie jedoch auch den Kontakt zu den Streitkräften der anderen Staaten in der Region suchen, um auf diese Weise Vertrauen zu schaffen und an gemeinsamen Maßnahmen etwa unter dem Dach der Vereinten Nationen teilnehmen zu können.

Beim Blick auf die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der asiatisch-pazifischen Region wird deutlich, dass es einen regelmäßigen und effektiven Austausch von Informationen auf der Ebene der Streitkräfte nicht gibt. Die Kommunikation ist schwierig, die Ausrüstung nicht kompatibel. Osttimor war ein Fallbeispiel für den notwendigen Austausch, um damit zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Die Konzentration auf humanitäre und friedensschaffende Aktionen könnte einen Rahmen für die Zusammenarbeit schaffen, einen Rahmen, der in einem

zweiten Schritt den Aufbau von Sicherheitsgemeinschaften erlaubt.

Eckpfeiler Japan

Grundpfeiler des amerikanischen Engagements in Asien ist nach wie vor Japan. Für Washington sind die sicherheitspolitischen Beziehungen zu Japan die bedeutendste strategische Komponente. Da kommen kräftige Misstöne aus Okinawa unlängst höchst unpassend. In Okinawa sind 75 Prozent der rund 50 000 amerikanischen Soldaten stationiert. Ein beachtlicher Teil der Insel befindet sich unter amerikanischer Kontrolle, darunter der Luftwaffenstützpunkt Kadena, der größte in Asien. Die japanische Kritik an der amerikanischen Präsenz wird lauter, jetzt sogar angeführt vom Gouverneur von Okinawa. Japans Protestierende verschafften sich in diesem Jahr in der Stadt Nago im Norden Okinawas beim G-8-Gipfel der führenden Industrienationen lautstark Gehör. Dort zeigte man den internationalen Gästen, was man von der geballten Präsenz der amerikanischen Streitkräfte hält. Für Washington ist der Ärger unverstündlich.

Amerikanische Militärs wollen unbedingt an Okinawa festhalten. Für sie ist die Insel von strategischer Bedeutung, liegt sie doch näher an der koreanischen Halbinsel und an der Strasse von Taiwan als an Tokio. Um auf Dauer sicherheitspolitischer Garant in der Region zu sein, müsse man, so heißt es im US-Verteidigungsministerium, maximal zwei Flugstunden von Taiwan und Korea entfernt sein. Weniger Truppen auf Okinawa beeinträchtigten die amerikanische Schlagkraft in der gesamten Region und hätten eine destabilisierende Wirkung.

Das sieht man in Tokio durchaus mit gemischten Gefühlen. Noch immer ringt Japan nach dem Ende des Kalten Krieges mit seinem sicherheitspolitischen Selbstverständnis. Amtliche Stellen und Wissenschaftler in Tokio sehen langfristig unterschiedliche Sicherheitsinteressen zwischen beiden Staaten. Das Wegbrechen des vormaligen gemeinsamen „Feindes“, der Sowjetunion, erfordere zwingend die Neubewertung der Verteidigungsallianz zwischen Tokio und Washington. Misstrauisch bäugt man die offensichtliche Vorliebe des amerikanischen Präsidenten Bill Clintons für China. Mehrfach habe dieser angeblich die

Japaner in seiner Amtszeit vor den Kopf gestoßen. So habe Clinton etwa bei seinem neuntägigen China-Besuch im Juni 1998 trotz dringender Bitte Tokios keinen Zwischenaufenthalt in Japan eingelegt, sondern seine Außenministerin geschickt. Den G-8-Gipfel habe der amerikanische Präsident als lästige Nebensache behandelt und insgesamt erwecke die Clinton-Administration den Eindruck, dass Washington eher auf den Aufstieg Chinas als auf eine intensive Partnerschaft mit Japan setze.²⁰⁾ Ein wichtiges Jubiläum im September des nächsten Jahres wird für weiteres Nachdenken und Schlagzeilen sorgen. Dann jährt sich zum fünfzigsten Mal der Friedensvertrag von San Francisco, mit dem die amerikanische Besatzung Japans endete.

Einige japanische Abgeordnete haben schon damit begonnen, laut über den Sinn der Verfassung nachzudenken, welche Japan in der pazifistischen Präambel und insbesondere in Artikel 9, dem sogenannten Kriegsverzichtsartikel, den Einsatz von Gewalt verbietet. Derartige Verfassungsreformen waren bis vor kurzem noch absolutes Tabuthema. Jetzt steht die Diskussion hierüber auf der politischen Tagesordnung und verändert die amerikanisch-japanischen Beziehungen entscheidend.

Für US-Admiral Blair kann es bei den sicherheitspolitischen Herausforderungen im asiatisch-pazifischen Raum nur „regionale“ Antworten geben. Die USA setzten zunehmend auf eine deutlich erweiterte Beteiligung zum Beispiel an gemeinsamen Truppenübungen. Ferner wolle man den Austausch von Informationen unter den Streitkräften in der Region fördern, für Aus- und Weiterbildung der Offiziere sorgen und finanzielle Mittel auf die humanitären und friedensschaffenden Maßnahmen lenken. Zu dieser Politik sieht der Admiral keine Alternative. Denn: „Andernfalls würden in Asien nationalistische Tendenzen für permanente Krisen sorgen und der Kontinent ständig Gefahr laufen, in bewaffnete Konflikte hineinzugeraten.“²¹⁾

Europas Blick auf Asien

Aus Europa kommen andere außenpolitische Töne. Javier Solana, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, forderte

20) S. auch *Neue Zürcher Zeitung*, 15. November 2000.

21) *International Herald Tribune*, 12. April 2000.

auf Reisen in drei asiatische Länder eine Neubestimmung in den politischen Beziehungen zwischen Europa und Asien. Dabei zeichnete er ein verändertes Bild des „alten“ Kontinents: Europa nehme politisch und wirtschaftlich eine herausragende Stellung in der Welt ein und müsse jetzt weltweit entsprechende Verantwortung übernehmen.²²⁾ Einige Regierungen in Asien reagierten zurückhaltend. Ihnen gehen die europäischen Dialogangebote in der Sicherheitspolitik zu weit.

22) *Asian Wall Street Journal*,
26. Juli 2000.

23) *Far Eastern Economic Review*,
20. Juli 2000.

Aufmerksam blickten die asiatischen Staats- und Regierungschefs schon Ende 1999 nach Helsinki. Dort hatte gerade die Europäische Union eine 60 000-Mann-starke schnelle Eingreiftruppe beschlossen. Vor dem Hintergrund des Konflikts auf dem Balkan wollte man bis zum Jahre 2003 friedensschaffende und humanitäre Maßnahmen durchsetzen können, vor allem in Europa. Im November dieses Jahres haben dann die europäischen Regierungen Nägel mit Köpfen gemacht, d.h. Zahlen genannt und sich detailliert über Truppenkontingente und Ausrüstung abgestimmt. Damit ist der Weg frei für ein kollektives europäisches Eingreifen in Krisengebieten, auch außerhalb der europäischen Grenzen.

Um schon im Vorfeld sorgenvolle Reaktionen in Asien zu zerstreuen, reiste Javier Solana nach Japan, Singapur und Thailand. Dabei ging es um sensible Fragen, so etwa darum, wie der sicherheitspolitische Dialog zwischen Europa und Asien sinnvoll in Gang gesetzt werden kann. Für Solana, seit Oktober 1999 im Amt und sozusagen für fünf Jahre Europas oberster Außen- und Sicherheitspolitiker, gibt es in einer zusammenwachsenden Welt keine „Außenpolitik“ im herkömmlichen Sinne. „In Asien gibt es viele wichtige Länder, die eine Schlüsselrolle im internationalen Handel, in der Wirtschaft und der Politik spielen. Wir müssen daher an ihrer Stabilität interessiert sein“, sagte er in einem Interview mit der *Far Eastern Economic Review*.²³⁾

Peking lehnt sicherheitspolitischen Dialog ab

Diese Worte dürften in einigen Hauptstädten der Region nervös zur Kenntnis genommen worden sein. Allen voran in Peking, dessen Führung sich mit allen Mitteln einem sicherheitspolitischen Dialog mit der Europäischen Union widersetzt. Chinas politische

Garde misstraut grundsätzlich den europäischen Avancen und befürchtet eine Einmischung in innere Angelegenheiten, hier vor allem in das Tauziehen um Taiwan. Reden will man zwar mit den Europäern, aber nur – und hier nicken zustimmend auch andere asiatische Länder – über Handel, Wirtschaft und Kulturfragen. Und auch weitere Asien-Europa-Gipfel seien nicht geeignete Foren, um über Sicherheitspolitik zu diskutieren.

Selbstbewusst in seiner neuen europäischen Rolle, zeichnete der frühere Nato-Generalsekretär ein verändertes Bild des „alten“ Kontinents: „Nach der Osterweiterung werden wir eine Bevölkerung haben, die doppelt so groß ist wie die der Vereinigten Staaten von Amerika und wir setzen jetzt neue Akzente in der Außen- und Verteidigungspolitik“.²⁴ Der Euro habe die Finanzmärkte verändert. In Wirtschafts- und Finanzfragen verfüge Europa weltweit über einigen Einfluss. Die Erweiterung der Europäischen Union mache ein neues Rollenverständnis notwendig. Europa habe bald gemeinsame Grenzen mit dem Iran und dem Irak. Daraus ergebe sich zwingend, dass eine neue Phase der politischen Beziehungen mit Asien eingeläutet werden müsse.

Europa tastet sich vorsichtig an Asien heran. In Osttimor kümmern sich europäische Soldaten um den Frieden, mit Indien gibt es einen sicherheitspolitischen Dialog. Und Solana selbst reiste im vergangenen Mai sogar zu einem Blitzbesuch auf die Philippinen, um die dortige Regierung von einer gewaltsamen Befreiung der Geiseln abzuhalten. Dabei sieht er das europäische Streben nicht in Konkurrenz zu den Amerikanern, die in der Region schon lange die dominierende Rolle spielen. Europa wolle, so versichert der 58-jährige Chefaußenpolitiker, den Vereinten Nationen in Krisenzeiten beistehen. Von Fall zu Fall, unter dem Dach der Vereinten Nationen, könnte die Europäische Union ihren Beitrag zu friedensschaffenden Maßnahmen leisten.

Konflikte in der Region

„Wir sind entschlossen, eine größere Verantwortung für regionale Sicherheit zu übernehmen und sind dabei, unsere entsprechenden Möglichkeiten und Optionen zu verbessern, um dieses leisten zu können“, schrieb Solana im *Asian Wall Street Journal*.

24) Javier Solanas Rede bei der Asia-Europe Foundation am 26. Juli 2000 in Singapur, zit. aus http://asef.org/cgi-local/forms.cgi?filename=sp_eech_jul28_solana_00.xml.

Und weiter: „Wir wollen nicht mit Gewalt unseren Willen durchsetzen, aber wir wollen effektiv sein, wenn wir in Krisensituationen intervenieren. Krisen führen zu Instabilität, es ist in unser aller Interesse, dies zu vermeiden.“²⁵⁾

25) *Asian Wall Street Journal*,
26. Juli 2000.

26) S. Rede Solanas in Singapur,
a.a.O.

Potenzielle Konflikte in der Region nannte er schnell: die Taiwanfrage, die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Gewalt in Kaschmir stünden ganz oben auf der politischen Sorgenliste der Europäischen Union. Gleichzeitig gebe es aber auch sehr willkommene Entwicklungen, wie etwa der bevorstehende Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation und die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel. Gipfeltreffen mit Pekings Führung, mit Indien und Japan sorgten für einen vertrauensvolleren Umgang miteinander und zeigten den Willen, die politischen Beziehungen auszubauen.

Konsequenzen für Asien

Welche Auswirkung hat das neue „Europa“ für Asien, welche Konsequenzen ergeben sich für die europäisch-asiatischen Beziehungen? Drei Bereiche nennt Javier Solana in einer Rede vor der „Asia-Europe Foundation“ in Singapur:

Erstens: Globalisierung verlange, dass beide Kontinente eine größere gemeinsame Verantwortung für internationale Fragen übernehmen, die über nationale Grenzen hinauswirken. Beispiele: Drogen, organisierte Kriminalität, Geldwäsche und Terrorismus. Hier müssten Asien und Europa zusammenarbeiten.

Zweitens: Jetzt sei für europäische und asiatische Firmen die Zeit gekommen, Investitionen in die jeweils andere Region zu tätigen. Investitionen brächten Wohlstand, der wiederum zur politischen Stabilität führe. Handel und Investitionen benötigten Förderung und Regulierung, ein weiterer Grund für Zusammenarbeit.

Drittens: Asien habe sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise erholt. Politisch habe die Krise zu mehr Demokratie und Reformen geführt. Diesen „neuen Wind“ gelte es jetzt abzusichern und zu bewahren.²⁶⁾

Solanas Katalog greift weit. Hektisches europäisches Drängen wird auf geduldige asiatische Hinhaltetaktik treffen. Viele Regierungen in der Region sind noch

längst nicht so weit, sich über außen- und verteidigungspolitische Themen kollektiv zu verständigen. Nationale Interessen stehen nach wie vor im Vordergrund. An Europa liegt es, diese Fragen weiter voranzutreiben. Dabei gilt es allerdings, mit einer Mischung aus Selbstbewusstsein und Fingerspitzengefühl auf die asiatischen Verhandlungspartner zuzugehen. Andernfalls ist ein schnelles Scheitern der großen Pläne, auf bilateraler und regionaler Ebene, vorhersehbar.

■ Neue Literatur

Asia-Europe Vision Group, „*Asia-Europe Vision Group Report*“, 1999. <<http://www.mofat.go.kr/english/relation/region/aevg/contents.htm>>

Chia Siow Yue, *ASEAN and EU: Forging new linkages and strategic alliances*, Singapore 1997.

Derek da Cunha (ed.), *Southeast Asian Perspectives on Security*, Singapore 2000.

Christopher M. Dent, „The EU-East Asia Economic Relationship: The Persisting Weak Triadic Link?“, in: *European Foreign Affairs Review*, vol. 4, 1999, S. 371-394.

Jörn Dosch, *Die ASEAN: Bilanz eines Erfolges*, Hamburg 1997.

Barbara Dreis-Lampen, *ASEAN und die Europäische Union*, Hamburg 1998.

Peter Drysdale and David Vines (eds.), *Europe, East Asia and APEC: A Shared Global Agenda?* Cambridge 1998.

John Funston, ASEAN and the Principle of Non-Intervention, in: *Trends in Southeast Asia*, ISEAS, No. 5, 2000.

Han Sung-Joo (ed.), *Changing Values in Asia. Their Impact on Governance and Development*, Singapore 1999.

Heiner Hänggi, „ASEM and the Construction of the New Triad“, in: *Journal of Asia Pacific Economy*, vol.4, no.1, 1999, S. 70.

Rolf J. Langhammer, Die Welthandelsordnung nach Seattle. Von der Regeldisziplin zum Regelchaos? in: *KAS-Auslandsinformationen* 2/2000, S. 22-36.

Kyongsoo Lho u. Kay Möller (eds.), *Northeast Asia towards 2000*, Baden-Baden 1999.

Michael Leifer, Political and Security Outlook for Southeast Asia, in: *Trends in Southeast Asia*, series no. 2, ISEAS, January 2000.

Paul Lim, Political Issues in EU-ASEAN Relations, in: *Panorama. Insights into Southeast Asian and European Affairs*, 1/1999, S. 5-42.

Dieter Mahncke (eds.), *ASEAN and the EU in the international environment*, Baden-Baden 1999.

Seiichi Masuyama u.a. (eds.), *East Asia's Financial Systems. Evolution & Crisis*, Tokyo 1999.

Hanns W. Maull, Gerald Segal, Jusuf Wanandi (eds.), *Europe and the Asia Pacific*, London 1998.

Wolfgang Möllers (ed.), *A Common Currency for East Asia. Dream or Reality?*, Kuala Lumpur 2000.

Wolfgang Möllers, Südostasien – der „Balkan des Orients“, in: *KAS-Auslandsinformationen 2/2000*, S. 104-121.

Manfred Mols, Die US-amerikanische Asienpolitik zwischen Multilateralismus, Bilateralismus und Unilateralismus, in: *KAS-Auslandsinformationen 2/2000*, S. 4-21.

Gina Pattugalan, The European Union in Southeast Asia, in: *Panorama. Insights into Southeast Asian and European Affairs*, 1/1999, S. 43-66.

Peter Petri (ed.), *Regional Co-operation & Asian Recovery*, Singapore 2000.

Klaus-Albrecht Pretzell (ed.), *Asem 2000: Background and Prospects*, in: *Südostasien aktuell*, Special Issue 2000.

Konrad Seitz, *Wettlauf ins 21. Jahrhundert. Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien*, Berlin 1998.

Hadi Soesastro, „APEC after 10 Years“, in: *Indonesian Quarterly*, vol. 27, no.2, 1999, S. 146-170.

Leo Suryadinata (ed.), *Nationalism and Globalization*, Singapore 2000.

Frank Umbach, The Regional Power Balance and Potential Hotspots, in: *Panorama. Insights into South-east Asian and European Affairs*, 1/2000, S. 53-82.

Yeo Lay Hwee, ASEM: Beyond Economics, in: *Panorama. Insights into Southeast Asian and European Affairs*, 4/1999, S. 5-38.

Das Manuskript wurde am 1. Dezember 2000 abgeschlossen.